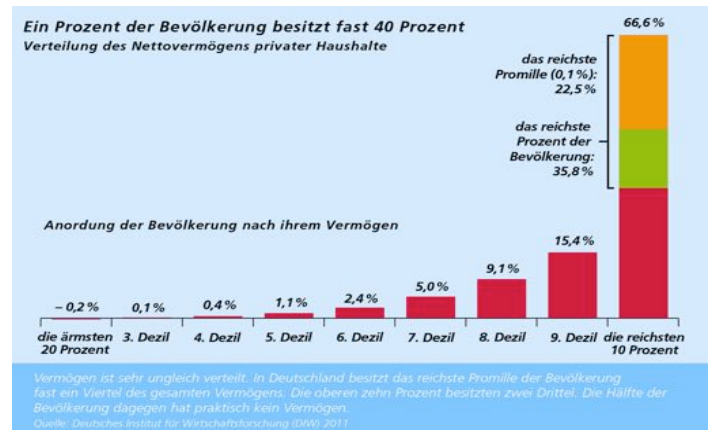


# OSNABRÜCKER Ermutigung

## Die Welt lässt sich gerechter gestalten – helfen Sie mit

Wir möchten die Menschen in unserer Stadt ermutigen, sich konkret für mehr soziale Gerechtigkeit und für eine wirksame Armutsbekämpfung (auch) vor Ort einzusetzen. Alle Menschen haben ein Recht darauf, in Würde zu leben! Das Leben in Armut ist würdelos. Ziel muss es sein, Armut überall energisch zu bekämpfen, denn sie ist das Ergebnis einer ungerechten Verteilung unseres Wohlstandes. Die Reichen werden stetig reicher und die Armen werden immer ärmer. Seit vielen Jahren bestätigen ungezählte wissenschaftliche Studien dieses Faktum. So besitzen die reichen 10% der deutschen Bevölkerung knapp 67% des gesamten privaten Nettovermögens, während 50% der Bevölkerung fast nichts besitzen oder Schulden haben. Kaum mehr vorstellbar ist die Verteilung bei den Superreichen: Das reichste Prozent besitzt knapp 36% und die superreichen 0,1% der Bevölkerung besitzen über 22% des gesamten Vermögens. Und auch bei den Einkommen ist eine ungleiche Entwicklung zu beobachten. Deutschland hat in der EU nach Litauen den größten Niedriglohnsektor. Prekäre Beschäftigung breitet sich überall aus, während Managergehälter vielfach explodieren. Die OECD bescheinigt Deutschland im internationalen Vergleich sogar eine besonders rasante Ungleichentwicklung. Entsprechend wächst das Armutsrisiko. Nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes (2014) sind das beschämende 16% oder über 13 Millionen Menschen! Es braucht Beharrlichkeit, Zivilcourage und hin und wieder auch etwas Mut, sich mit klaren Positionen für eine andere Verteilung unseres Wohlstandes einzusetzen.



**Trauen Sie sich**, in Gesprächen in der Familie, mit Freunden oder Nachbarn.

**Engagieren Sie sich** in Initiativen, Verbänden, Kirchen, Parteien oder Gewerkschaften.

**Überprüfen Sie Ihre Haltung**, wenn Sie politische Verantwortung tragen.

**Haben Sie den Mut**, auch einmal gegen den Strom zu schwimmen

**Armut ist kein Naturgesetz, sondern ist das Ergebnis politischer Entscheidungen.**

## Den Reichtum anders verteilen: Für einen Politikwechsel in Bund und Land

Deutschland war noch nie so reich wie heute! Damit haben wir die Chance, Armut vollständig zu beseitigen und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dieses Ziel lässt sich erreichen,

- wenn wir die Reichen und Wohlhabenden wieder stärker am Ausbau des Sozialstaates beteiligen**, z.B. durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes, die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer, die Anhebung der Erbschaftsteuer großer Vermögen, eine wirksame Bekämpfung von Steuerbetrug, die Schließung aller Steueroasen
- wenn wir Arbeit gut und angemessen bezahlen, neu verteilen und für gute Arbeitsbedingungen sorgen**, z.B. durch die Bekämpfung prekärer Beschäftigung, die Abschaffung von Minijobs, die Regulierung von Beschäftigung über Werkverträge, die Eindämmung des Niedriglohnsektors, die Umsetzung des gesetzlichen Mindestlohns
- wenn wir die sozialen Hilfesysteme so gestalten, dass ein menschenwürdiges Leben und eine angemessene soziokulturelle Teilhabe möglich ist**, z.B. durch eine grundsätzliche Neuordnung der Bedarfsdeckung mit deutlich höheren Leistungen, die Abschaffung der Sanktionen für Hartz IV-Bezieher, die regelmäßige Anpassung des Wohngeldes, die Einrichtung eines öffentlichen Arbeitsmarktes
- wenn wir allen Kindern eine Perspektive geben**, z.B. durch die Einführung bedarfsorientierter Unterstützungsleistungen, welche deutlich über den bisherigen Hartz IV-Regelsätzen liegen, um eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern
- wenn wir die Altersversorgung so gestalten, dass sie allen Menschen einen angemessenen Lebensstandard sichert**, z.B. durch eine Neugestaltung der Altersversorgung, welche u.a. eine verbesserte Grundsicherung und einen individuellen Rentenanspruch bietet, die Benachteiligung von Frauen aufhebt und **Alle** in die Beitragszahlungen einbezieht
- wenn wir dafür sorgen, dass allen Menschen bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und ein Grundrecht auf Wohnen eingeführt wird**, z.B. durch eine deutliche Ausweitung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus, einer Förderung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften, die Festlegung von Mietobergrenzen bei Sozialwohnungen

## **Für soziale Gerechtigkeit in Osnabrück**

Die Ursachen von Armut mit all ihren Ausprägungen (Kinderarmut, Altersarmut, etc.) liegen vor allem in globalen und nationalen, ökonomischen, sozialen, demografischen und rechtlichen Rahmenbedingungen begründet. Es wäre also illusorisch anzunehmen, die daraus resultierenden Probleme ließen sich politisch auf kommunaler Ebene steuern oder sogar beheben. Vor allem auf der bundespolitischen Ebene werden die wichtigen sozialpolitischen Weichenstellungen vorgenommen.\* Einer deutlichen Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen kommt bei der Armutsbekämpfung eine besondere Bedeutung zu. Die Osnabrücker Sozialkonferenz hat in allen Konferenzen dennoch immer wieder darauf hingewiesen, dass auch vor Ort Handlungsmöglichkeiten bestehen, welche die entstandenen Problemlagen zumindest abfedern oder mildern können. Als Stadt des Westfälischen Friedens hat Osnabrück eine besondere Verpflichtung sich auch für den sozialen Frieden einzusetzen. Armut auch vor Ort konkret zu bekämpfen, ist dafür ein geeigneter Ansatz. Folgende Vorschläge hat die Osnabrücker Sozialkonferenz bereits in ihren Veranstaltungen thematisiert und hält sie auch aktuell für besonders wichtig:

### **1.) Armutsbekämpfung braucht Wissen - für eine kontinuierliche Armuts- und Reichtumsberichterstattung in der Stadt**

Grundlage einer wirkungsvollen Armutsbekämpfung ist das Wissen über das Ausmaß des Problems, die konkreten Problemlagen der Betroffenen und die räumliche Verteilung im Stadtgebiet. Der 2012 von der Stadtverwaltung vorgelegte Bericht „Soziale Ungleichheit in Osnabrück“ ist ein erster Schritt zu diesem Ziel. Wichtige Aufgabe bleibt unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise die Weiterentwicklung zu einer kontinuierlichen Berichterstattung, die Armutsbekämpfung als öffentlichen Kommunikations- und Veränderungsprozess begreift. So sollten Zielsetzungen und Kriterien **gemeinsam entwickelt**, Handlungsoptionen diskutiert und nach Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen ihre Wirksamkeit regelmäßig überprüft werden. Hierzu ist eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren der Stadtgesellschaft (externe Experten), der Wissenschaft, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik zu organisieren. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollten in öffentlichen Konferenzen diskutiert werden. Ein solches **beteiligungsorientiertes Verfahren**<sup>o</sup> kann gezielt auf alle Teilaspekte der Armutsbekämpfung angewendet werden, wie die folgenden Beispiele zeigen.

### **2.) Das Beispiel Kinderarmut**

Die Osnabrücker Sozialkonferenz hat vielfältige regional umsetzbare Vorschläge zur Bekämpfung von Kinderarmut in Osnabrück erarbeitet und in die öffentliche Diskussion gebracht. Mit zahlreichen örtlichen Partnern wurde ein „Strategiekonzept zur Überwindung von Kinderarmut in Osnabrück“ erarbeitet, welches zur Arbeitsgrundlage für den „Runden Tisch Kinderarmut“ der Stadt Osnabrück wurde. Dort arbeiten, wie oben beschrieben, sehr unterschiedliche Akteure der Stadtgesellschaft mit der Stadtverwaltung und der Politik zusammen. Ziel ist es, wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut zu entwickeln und dem Rat vorzuschlagen. Für diese Arbeit braucht das Gremium eine personelle und finanzielle Unterstützung durch die Stadt, um handlungsfähig zu sein.

### **3.) Das Beispiel Altersarmut**

Von der kommunalen Ebene müssen Vorschläge an die Bundespolitik gerichtet werden, welche den Ursachen von Altersarmut entgegen wirken. Als ein Teilaspekt einer kommunalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist vorrangig zu analysieren, wie sich Altersarmut perspektivisch in Osnabrück entwickeln wird, wie sie sich im Stadtgebiet verteilt und welche Erfordernisse und Handlungsoptionen daraus abzuleiten sind. Bestehende Angebote sind systematisch zu erfassen und in der Bedarfsanalyse zu berücksichtigen. Insbesondere in den Bereichen Wohnen und Mobilität sind altersgerechte Angebote wichtig.

### **4.) Das Beispiel Hartz IV**

Ein wichtiges Handlungsfeld in der Kommune muss die Bekämpfung schlecht bezahlter und prekärer Beschäftigung sein. Ein breites Bündnis „Faires Osnabrück“ (auch mit Arbeitgebern) sollte einen Maßnahmenkatalog entwickeln. Ziel wäre es, die Zahl der sogenannten „Aufstocker“ (ergänzende Hartz IV-Leistungen trotz Erwerbsarbeit) deutlich zu reduzieren. Als Arbeitgeber und über die Vergabe von Aufträgen kann die Stadt hier Maßstäbe setzen. Mit der Einführung einer „ÖPNV-Flatrate“ könnte die Teilhabe an der Stadtmobilität diskriminierungsfrei verbessert werden.

### **5.) Das Beispiel bezahlbarer Wohnraum**

Für das komplexe Handlungsfeld Wohnen hat der Rat der Stadt im Dezember 2013 die Verwaltung beauftragt, ein „Handlungskonzept bezahlbarer Wohnraum Osnabrück“ zu erstellen. Es gilt jetzt, das oben beschriebene beteiligungsorientierte Verfahren anzuwenden und breiten Raum für Engagement und Beteiligung bereits im Planungsprozess zu berücksichtigen. Eine gute Orientierung bietet das seit Juli 2014 auf Bundesebene bestehende „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“.



**Veränderungen brauchen Mut. Lassen wir aus dem Mut Einzelner den Mut Vieler werden!**

Verabschiedet auf der 25. Osnabrücker Sozialkonferenz am 15. November 2014.

\*Vgl. „Altersarmut in Münster im Lichte des demografischen Wandels“, Universität Münster 2011. „Das von der OSK vorgeschlagene „beteiligungsorientierte Verfahren“ geht zurück auf: Verein für Sozialplanung e.V. (VSOP), [www.vsop.de](http://www.vsop.de). Weiteres Material zu allen angesprochenen Themen, insbesondere zu den Aktivitäten der Osnabrücker Sozialkonferenz finden Sie auf der Web-Site der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften Osnabrück: <http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de>